

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 22.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro Spalten, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 28. Oktober 1905.

Berlag:
A. Sahrborg, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörnte & Söber, Hannover.

14. Jahrg.

Zur Beachtung!

Der ausgeschriebene Extrabeitrag ist fast überall von unseren Kollegen mit Freuden begrüßt worden. Die Ueberzeugung, daß zum Kämpfen Geld gehört, hat sich auch in den Reihen unserer Kollegen Bahn gebrochen. Nur aus einigen Orten wurden Besürchtungen laut, daß die Erhebung des Beitrages unliebsame Folgen nach sich ziehen könnte. Wir nehmen an, diese Besürchtungen werden sich als unbegründet herausstellen. Die Organisation hat in diesem Jahre aus der Verbandskasse rund 300 000 Mk. ausgegeben. Wenn man sich vor Augen hält, daß vom ersten Tage des Bestehens des Verbandes bis zum Ende des Jahres 1904 für Streiks 490 887 Mk. 77 Pf. ausgegeben sind, dann bekommt man ein Bild von den Anforderungen, die in diesem Jahre an die Verbandskasse zur Unterstützung der Streiks und Aussperrungen gestellt worden sind. Da wird kein denkender und aufrechter Kollege uns seine Mithilfe versagen. Um so weniger, da wir seit dem Jahre 1900 an die Kollegen mit Sammellisten oder Aufforderungen zu besonderen Beiträgen nicht herangetreten sind. Um so willigere Hilfe denken wir jetzt zu finden.

Einige Zahlstellen haben die Bekanntmachung des Vorstandes und Ausschusses so aufgefaßt, als müßten sie nun den Versammlungen die Entscheidung überlassen, ob der Beitrag für die 10 Wochen bezahlt werden soll oder nicht. Diese Auffassung ist nicht richtig. In so außerordentlichen Situationen, in denen es gilt, Hilfsmittel für den Kampf zu schaffen, haben der Vorstand und Ausschuss die Pflicht, Maßnahmen zur Beschaffung von Mitteln zu ergreifen.

Der Vorstand hat aus Rücksicht darauf, daß die Aussperrung in Berlin rasch beendet, beschlossen, die ausgeschriebene Extrasteuer in der Weise zu erheben, daß die Kolleginnen und Kollegen jetzt 5 Wochen bezahlen, die anderen 5 Wochen aber erst dann, wenn wieder ein größerer Streik oder eine größere Aussperrung eintritt.

In der Erwartung, daß alle Kolleginnen und Kollegen den Beitrag entrichten werden, verbleibe mit kollegialem Gruß

für den Vorstand
Aug. Brey.

Der Vorstand gibt einen Notizkalender für das Jahr 1906 heraus. Die größeren Verbandsorte werden dringend ersucht, jetzt schon durch Umfragen festzustellen, welche Kolleginnen und Kollegen den Kalender, der in Form eines Taschenbuches — ähnlich dem Arbeiternotizkalender — erscheinen wird, kaufen wollen. Der Preis beträgt 50 Pf. pro Exemplar. Bestellungen wolle man sofort aufgeben, damit nach Fertigstellung des Notizkalenders die Lieferung prompt erfolgen kann.

Zum Schutze der Mitgliedsbücher läßt der Vorstand Etuis herstellen. Dieselben sind mit abwuschbarem Zelluloidstoff überzogen, der Feuchtigkeit nicht annimmt. Wir liefern die Hüllen zum Selbstkostenpreise von 10 Pf. pro Exemplar. Bestellungen wolle man umgehend an uns gelangen lassen.

Die Aussperrung in der Berliner Elektro-Industrie.

Wie unsere Leser aus der Tagespresse bereits erfahren haben, ist der Streik der Lagerarbeiter und Schraubendreher beendet und dadurch die Aussperrung in der Elektro-Industrie Berlins aufgehoben worden. Eine weitere Folge der Aufhebung des Streiks bestand darin, daß die angekündigte Aussperrung von 20 000 Arbeitern der Schwarzblei-Industrie nicht zur Ausführung gekommen ist. Die Lagerarbeiter, bis auf ca. 50 in unseren Verbände organisiert, lehnten die Annahme der Arbeit in der am 13. Oktober abgehaltenen Zusammenkunft noch ab, am folgenden Tage erklärten sich 138 gegen 91 Stimmen für Aufnahme der Arbeit. Diese Versammlung begann vormittags 10 Uhr und sollten die Vertreter der Arbeiter der Vertrauenskommission der Metallindustriellen bis 12 Uhr Nachricht geben, was die Lagerarbeiter beschlossen. Kurz vor Ablauf dieser Frist trafen die Organisationsvertreter in der Gartenstraße ein, wo folgendes Protokoll abgefaßt und unterschrieben wurde:

Auf dem Bureau des Verbandes der Metallindustriellen erschienen die Vertreter der Streikleitung, die Herren Bernke, Brey und Sildebrandt, und erklärten in Gegenwart der Herren

Kammerjäger Kühnemann, Justizrat Bachmann, Dr. Klemperer, Dr. Kose, daß die heutige Versammlung der Lagerarbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hat. Die Streikleitung erklärt damit den Streik für beendet.

Berlin, 14. Oktober 1905.

K. Kühnemann. H. Bernke.
Dr. Kose. Aug. Brey.
Dr. Bachmann. Sildebrandt.

Die Wiederaufnahme der Arbeit betreffend wurde folgendes zwischen den beteiligten Firmen und den Obmännern der Ausschüsse vereinbart:

1. Die männlichen Schraubendreher des Wernerwerkes erhalten die in dem Protokoll des Arbeiterrates vom 16. September niedergelegten, erhöhten Akkordsätze.
2. Die Lagerarbeiter des Kabelwerkes Obersee und der Automobilfabrik erhalten vom Tag des Wiedereintritts an gleichfalls die vor Ausbruch des Streiks bewilligten Akkordsätze.
3. Die drei Firmen beginnen am 16. Oktober 1905 morgens mit der Wiedereröffnung ihrer Betriebe und der Annahme von Arbeitern.
4. Die bisher beschäftigt gewesenen Arbeiter werden nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse wieder angenommen, so daß Einstellung fremder Arbeiter tunlichst erst erfolgt, nachdem die bisher Beschäftigten wieder untergebracht sind. Arbeitsniederlegung und Arbeitsverweigerung sollen der Wiederaufnahme nicht entgegenstehen. Beschäftigung der während des Ausstandes in Arbeit verbliebenen oder neu eingetretenen Arbeiter ist unzulässig und gilt als Entlassungsgrund.
5. Die erschienenen Vertreter der Arbeiterausschüsse der beiden Firmen erklärten, daß die Arbeiter unter den vorbezeichneten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen.

Berlin, den 14. Oktober 1905.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens u. Halske A.-G. Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H.

Sonnabend, den 21. Oktober, waren nach Feststellungen in der Streikkontrolle noch draußen: Im West Adersstraße 214, Brannenstraße 696, Kabelwerk Oberschönweide 59, Franklinstraße 222, Gutfenstraße 110, Blockwerk Helmholzstraße 92, Wernerwerk 58, Verlanabteilung 58, Feizer und Maschinisten 140. Diese Ziffern ergeben in ihrer Summe 1644, es ist anzunehmen, daß die Zahl der vorkünftig nicht Eingestellten größer ist. Mit Ablauf der zweiten Woche nach Beendigung des Streiks und der Aussperrung wird man auch sehen können, ob die Einstellungen unterblieben sind aus betriebsrechtlichen Gründen oder ob, entgegen der Zusage, „Machende“ ausgedrückt werden sollen.

Von unseren Kollegen traten einige auf, welche den Abschluß als eine Niederlage bezeichneten. Dieser Ansicht sind wir nicht. Was es gegeben hätte, wenn die Organisationen bei den jetzigen Stärkeverhältnissen, den derzeitigen Finanzen und an der Schwelle des Winters eine weitere Ausdehnung des Kampfes sich hätten aufzwingen lassen, das wollen wir nicht ausmalen. Wenn man die Frage, ob die Arbeiter eine Niederlage erlitten haben, abwägt an den Lohnbedingungen der Lagerarbeiter vor dem Streik und nach dem Streik, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß keine Niederlage zu verzeichnen ist, sondern ein Fortschritt! Man vergleiche die alten und neuen Lohnziffern:

Alter Lohn.		Neuer Lohn.	
Für Odermacher und Packer.		Für Hilfsarbeiter.	
Eintritt	30 Pf. pro Stunde	Eintritt	33 Pf. pro Stunde
2. Monat	32	1. Monat	34
4. "	34	2. "	36
6. "	36	9. "	38
1. Jahr	38	1. Jahr	40
2. "	40	2. "	42
3. "	42	3. "	44
4. "	44	4. "	46
5. "	46		
6. "	48		
7. "	50		
8. "	52		
Für Hilfsarbeiter.		Für Hilfsarbeiter.	
Eintritt	30 Pf. pro Stunde	Eintritt	33 Pf. pro Stunde
3. Monat	32	3. Monat	35
4. "	34	6. "	36
6. "	36	9. "	37
1 1/2 Jahr	38	1. Jahr	38
2 1/2 "	40	1 1/2 "	40
3 1/2 "	42	2. "	42
4. "	44	3. "	45
5. "	46		
Für Hilfsarbeiter.		Für Hilfsarbeiter.	
Eintritt	20 Mk. pro Woche	Eintritt	22 Mk. pro Woche
6. Monat	21	6. Monat	23
1. Jahr	22	1. Jahr	24
2. "	23	2. "	25
3. "	24	3. "	26
5. "	25	4. "	27

Außerdem 1 Mk. Spesen pr. W.

Für Frauen.

22 Pf. pro Stunde. | 25 Pf. pro Stunde.

Allerdings, die gestellten Forderungen sind nicht zu finden. Aber bei wie vielen Umständen der neueren Zeit kann gesagt werden, daß sie unter völliger Durchdringung der gestellten Forderungen zu Ende gingen? Trotzdem ist man weit entfernt, den Abschluß solcher Zustände als Niederlage anzusprechen. Freilich konnten wir diese Lohnausbesserung ohne jedes Opfer haben! Sie war möglich ohne jede Ausgabe für die Organisation, ohne Lohnrücklage für die Arbeiter und ohne, daß auch nur ein Gemahregelter auf dem

Kampffelde geblieben wäre. Daß man solche Angebote annimmt, vor allem aber dann, wenn Gefahr vorliegt, daß andere Arbeitergruppen, die keine Bohnforderung gestellt haben, in Mitleidenschaft gezogen werden, das ist unseren Mitgliedern in menschenswerter Deutlichkeit gesagt worden.

Aber selbst wenn man die Antwort auf die Frage, ob Sieg oder Niederlage, abhängig davon macht, daß nach dem Streik Zustände gemacht sein müssen, so können wir auch dann noch nicht einräumen, daß wir auf Haupt geschlagen worden sind. Wir bemerken, daß in der Aussprache, die während des Streiks mit Vertretern der Firmen stattfand, es sich herausstellte, daß die Zustände als weitergehend verstanden sein sollten, wie die beteiligten Arbeiter annehmen; so bezog sich der Vergleich der Akkordarbeit der Schraubendreher, der Deklarierung der Löhne der Lagerarbeiter als Mindestlöhne, Erreichung der Höchstlöhne vor der in der Staffellage angegebenen Zeit, endlich die Zusage, daß die niedrigsten Positionen nach Wiederaufnahme der Arbeit einer Prüfung zwecks Erhöhung unterzogen werden sollten. Dies alles war vor Ausbruch des Streiks und in der ersten Woche des Streiks den Streikenden nicht gegenwärtig. Wenn man nun alle diese Dinge, die mitrechnen, gleichwohl nicht in Rechnung stellen wollte, können wir immer noch nicht zu dem Schluß, wir sind besiegte, sondern dann könnten wir nur sagen, was wir auch den streikenden Kollegen gesagt haben: Wir sind nicht Sieger, aber noch weniger sind wir Besiegte.

Was bei solchen Kämpfen als das Ziel der Unternehmer hingestellt wird, und was das Ziel in diesem Kampfe auch war: die Streikenden und Organisationen so zur Über zu lassen, daß sie auf Jahre hinaus weder an Widerstand noch an Angriff denken konnten, das ist nicht erreicht worden, und die Unternehmer dürften diesem Ziele heute fern sein, als vor und während der Aussperrung. Unter solchen Umständen sollen die Organisationen besiegt sein? Wir antworten: Nein!

Wir sind auch nicht der Meinung, daß der Kampf einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn das Streikomitee aggressiver hätte vorgehen können. Der Solidaritätsstreik der Maschinisten und Feizer hätte bei früherem Ausbruch eine andere Wirkung nicht gehabt.

Er hätte alle auf ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, wenn seine Unterstützung möglich gewesen wäre — unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit. Das ging eben nicht! Diejenigen, die in den Solidaritätsstreik treten sollten, mußten vorher geladen werden; mindestens 24 Stunden vorher, als die Beteiligten ihre Erklärung zur Bereitwilligkeit des Solidaritätsaktes abgeben konnten, hatten die Firmen und Polizei schon Ahnung von dem, was kommen sollte, und konnten ihre Maßnahmen treffen. Unternehmer, Ingenieure und Polizei hätten 8, unfertig auch 12 Tage früher dieselben Mittel und gleiche Möglichkeit gehabt, den Streik der Feizer und Maschinisten in seinen Wirkungen so zu beeinträchtigen, wie sie es schließlich getan haben.

Auf Eventualitäten, wie sie der Streik der Maschinisten und Feizer zeitigen sollte, dürfte man in Berlin sich schon öfter gesagt gemacht und Vorbehalte getroffen haben.

Unsere Verbandsgenossen und Kollegen müssen agitieren, organisieren, Disziplin lehren und Disziplin üben. Der Kampf in Berlin zeigt, wie die Kämpfe der nächsten Zukunft sich gestalten werden!

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontenerhöhungen, ihre Wirkung auf Handel und Produktion. — Vorübergehende und dauernde Ursachen. — Neugründungen und Kapitalerhöhungen, der Wechselbestand der Reichsbank. — Fortsetzung des Aufschwungs.

Dem kapitalistischen Himmelhochjauchzen sollte ein ziemlich kräftiger Dämpfer aufgesetzt werden. Die Diskonten, die Zinssätze für das Bankkapital, bewegen sich überall im Geschwindschritt einer außerordentlichen Höhe entgegen. Die Berliner Reichsbank hatte seit dem 25. Februar einen Diskont von 3 Prozent, am 11. September ging sie zu 4 Prozent über, am 3. Oktober bereits zu 5 Prozent. Die Bank von England gab diesmal das erste Signal zum Vorgehen, am 7. September hatte sie ihren Diskont von 2 1/2 auf 3 Prozent gesteigert; am 23. September griff sie sofort zu 4 Prozent. In Amerika fehlt die einheitliche Regelung des Geldmarktes und Kredites durch eine große Zentralnotenbank und damit die maßgebende zentrale Diskontpolitik; aber auch hier erfahren wir vom raschen Emporschieben der Diskontsätze, von der beschleunigten Einziehung der Forderungen an das Ausland — ein Vorzeichen, das naturgemäß wieder die Belegenheiten Europas vermehrt. Nur auf Frankreich, dessen Zentralinstitut wie gewöhnlich ein außerordentlich starkes Goldschag hat, legt man allenfalls die Erwartung, daß es noch in höherem Maße Gold, die Grundlage sowohl aller Käufe und Verkäufe wie aller Kreditgewährungen und Unternehmensanlagen, abzugeben vermöge. Doch bereitet sich soeben, von Paris aus, die Unterbringung einer neuen russischen Anleihe von nicht weniger als 1800 Millionen Franken vor, so daß selbst Frankreich in der Verfügung über seine Gelder nicht ungebunden ist. Einflußreiche Finanzkreise arbeiten deshalb darauf hin, den augenblicklich stürzenden Aufwärtspump auf eine spätere Zeit zu verlagern.

Woher kommt diese Anspannung des Geld- (Bankkapital-) marktes, die keine vorübergehende sein dürfte und die selbstverständlich dem ganzen kapitalistisch-geschäftlichen Treiben manche Vermutungen auflegt, da alle Welt im Waren- und Effektenumschlag, im laufenden Produktionsprozeß, bei Erweiterungen, Neugründungen und Neubauten mit fremdem Geld wirtschaftet und mancher geschäftliche Schritt nicht mehr lohnend erscheint, wenn die Kreditkosten wachsen. Der Diskontsatz ist allerdings zunächst immer nur der Maßstab für den kurzfristigen und darum leichtbeweglichen Kredit (für Wechsel, hinterlegte Wertpapiere und Waren u. ähnl.), nicht für den langfristigen, schwerbeweglichen Kredit, der z. B. in Gestalt des

hypothekarischen Eintragungen im Baugewerbe eine entscheidende Rolle spielt. Aber selbstverständlich treibt ein lange dauernder hoher Diskontfuß, eine als Norm sich festsetzende Diskontenerhöhung alle Kreditkosten, auch die Verzinsung von Hypotheken und ähnlichen Anlagen, mit der Zeit empor; verbessern sich die Chancen der Beiheldgeber auf der einen Seite, so muß die andere Seite folgen, wenn hier nicht der erforderliche Beiheldkapitalzufluß mit der Zeit zurückgehen und schließlich ganz ausbleiben soll. Die jetzigen Bankmaßnahmen, falls sie nicht rasch vorübergehen, werden also außer den direkten, sofort fühlbaren Folgen für Börse, Handel und Produktion sehr bald weitere mittelbare Folgen nach sich ziehen.

Allem Anschein nach muß man sich auf eine solche Periode allgemein verteuerten Beiheldkapitals einstellen. Die ungewöhnlichen Ansprüche des Quartalswechsels sind allerdings, wie in jedem Jahre, vergänglichlicher Art. Die Zahlungen für gestundete Warenpreise, für fällige Coupons, Dividenden, Gehälter, Mieten, Pachten, Kapitalien, für den Umschlag der Ernten häufen sich um den 1. Oktober in besonderem Maße. Aber wenn das Zurückbleiben dieser einmaligen Summe noch so rasch erfolgen sollte, so ist das ganze letzte Quartal des Jahres bereits wieder ein Vorbereitungsstadium für die noch größere Anspannung zu Beiheldkapital und Neujahr, für den Jahresabschluss. Insofern ist also auf keine demnächstige Wiltberung zu rechnen.

Als nicht normale Triebkraft für die Zinsfußsteigerung wirkt ferner auch der ostasiatische Krieg mit seinen Begleiterscheinungen nach. Große Kapitalmassen sind dadurch für abnorme Zwecke verwendet und den anderen gewöhnlichen Zwecken entzogen worden, was an sich schon Störungen hervorruft. Vor allem jedoch können die großen Banken, bei denen beträchtliche Teile der alten Goldvorräte und der neuen Anleihe erlöste Rublands und Japans deponiert sind, über diese Einlagen nicht derart frei verfügen, wie das sonst als Regel gilt; plötzliche Rückforderungen sind hier jederzeit wahrscheinlich und mahnen zur Vorsicht.

Am allernächsten dürfte die dritte, durchschlagende Ursache der jetzigen Diskontenerhöhung rasch vergänglichlicher Natur sein: das Fortstreben auf fast allen Gebieten der Börse, des Handels, der Ökoproduktion. Welche enorme Mengen von Geld und Kredit sind allein durch die Effektenbörsen mehr beansprucht, wenn die Aktien von Tag zu Tag emporsteigen, ruhelos von Hand zu Hand wandern, während sie früher still in privaten B. sig oder in den Portefeuilles der „beteiligten“ Banken und Unternehmungen lagen! Welche Mengen von Bargeld und Kredit bindet der regere und umfangreichere, zudem preisvermehrte Warenumschlag, für die Bedürfnisse sowohl der produktiven Anlage (Sitzierung in Gebäuden, Maschinen, technischen Ausstattungen) und Weiterverarbeitung, wie des reichlicheren persönlichen Konsums! Wie ganz anders gestalten sich die Ansprüche für Neugründungen, Umbauten und Erweiterungen aller Art! Wenn nicht alles täuscht, so wird dieser Aufschwung, obwohl mit manchen Schwankungen im einzelnen, anhalten und damit auch seine Widerspiegelung in der stärkeren Inanspruchnahme des Beiheldkapitals, im höheren Zinsfuß.

Betreffs Deutschlands hat man neulich nach dem Reichsanzeiger die Summe der Neugründungen und Kapitalserhöhungen für das dritte Quartal 1905 zusammengestellt. Man kam dabei auf 329,93 Millionen Mark. Die Kapitalserhöhungen für bereits bestehende Unternehmungen übertrafen die eigentlichen Neugründungen (die natürlich zum Teil auch nur Umwandlungen von Privatbetrieben in börsenmäßig berücksichtigte Aktiengesellschaften darstellen). Die Neugründungen erforderten 141,97, die Kapitalserhöhungen 187,96 Mill. Mark. Gerade die Kapitalserhöhungen waren zuletzt, im September, am ansehnlichsten, während im allgemeinen der Juli höher stand (Neugründungen und Kapitalserhöhungen zusammen: im Juli 122,65 Mill. Mark, im August 102,57 Mill. Mark, im September 104,70 Mill. Mark). Von den Kapitalserhöhungen entfielen auf die einzelnen Monate:

	Juli	August	Septbr.
Insgesamt	61,06	60,64	66,26
davon:			
Aktiengesellschaften	56,48	58,88	65,18

Die Kapitalserhöhungen im September kamen hauptsächlich auf die Gewerbegruppen Bergbau und Hütten, wo zwei Gesellschaften ihr Kapital von 6,2 auf 14,5 Millionen Mark erhöhten; auf die Banken, wo bei sechs Gesellschaften sich eine Vermehrung des Kapitals auf 132,20 Millionen Mark vollzog; auf die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel, in der bei sechs Gesellschaften das Kapital sich von 5,59 auf 8,75 Millionen Mark steigerte; endlich auf das Textilgewerbe, wo drei Gesellschaften ihr Kapital von 1,98 auf 3,25 Millionen Mark erhöhten. Insgesamt vermehrte sich bei 42 Gesellschaften das Kapital von 103,09 auf 169,35 Millionen Mark, das heißt um mehr als die Hälfte.

Das ist immer nur die eine, für den Beiheldkapitalmarkt sicherlich die wichtigste Seite des kräftigeren industriellen Wirtschaftswachstums. Viel intensiver noch ist die Inanspruchnahme für den eigentlichen kaufmännischen Kredit. Die Reichsbank hatte am 20. September eine Gesamtanlage (in Wechseln, Lombard und Effekten) für die Kreditanträge ihrer Kunden, die noch nie zuvor, nämlich 1667 Millionen Mark. Allein seit dem 7. September war diese Anlage um 578 Millionen Mark gestiegen, während in der entsprechenden Periode 1904 nur eine Erhöhung um 232 Millionen Mark, 1903 um 349 Millionen Mark stattfand. An Banknoten waren 1682,6 Millionen Mark, mehr als jemals früher, in Umlauf; dagegen hielt sich der Wechselbestand (732 Millionen Mark) niedriger als seit Jahren am diese Zeit; es blieben ca. 920 Millionen Mark ungedeckter Noten. Besonders im Wechselbestand tritt die große Verdrängerung gegen früher zutage; die Wechsel betragen Ende September:

1899	1127	Mill. M.
1900	972	„
1901	1066	„
1902	984	„
1903	1123	„
1904	1039	„
1905	1343	„

Ende September 1899 kam der bisher höchste Diskontfuß der Reichsbank (seit 3. Oktober 6 Prozent, dann von Mitte September bis Mitte Januar 1900 sogar 7 Prozent), aber heute ist der Diskontfuß der Reichsbank schon um 216 Millionen Mark höher als damals; der Lombardbestand gleichfalls um 80 Millionen Mark höher.

Die rasch folgende zweite Diskontenerhöhung ist somit leicht zu verstehen und wird werden fortgesetzt mit einem derartig diskontinuirlichen Zinsfuß, als er in den letzten Jahren galt, zu rechnen haben. Das Diskontieren mit „fremdem Gelde“ wird dadurch manchem Unternehmer und Sparsamten erschwert, und als wesentlicher Faktor gegen Kapitalverdrängerungen war das Fortgehen der Banknoten zum Teil zweifellos gemeint. Eine alte Erfahrung sagt jedoch, daß der kapitalistische Charakter an bessere Zeiten auch solcher Humanität spottet. Wenn ein hoher Zinsfuß oder ein Diskontenerhöhung eintritt, glaubt man, an das herausgehende Beiheldkapital würde einen höheren Zinsfuß absetzen zu können — es bleibt noch immer genug übrig.

So gelangen wir immer mehr in eine ähnliche Periode hinein, wie sie sich von 1895 bis 1900 entwickelte. Das Ende wird gleichfalls ähnlich sein, wie 1901.

Berlin, 8. Oktober 1905. Max Schippel.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Bezug nach Marxtrankstadt ist fernzuhalten.
— Streik und Aussperrung auf der Hannoverischen Maschinenfabrik sind beendet. Verhandlungen, die zwischen dem Arbeiterausschuß und der Fabrikdirektion unter Leitung des Herrn Gemeindegewerks-Vorsitzenden stattfanden, führten zur Annahme dieses Protokolls:

Verhandelt zu Linden vor Hannover, im Verwaltungsbau der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf, am 17. Oktober 1905.

Gegenwärtig:

Seltens der Direktion der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf: Die Herren Direktor Ernst Heller, stellvertretender Direktor O. ter Meer, stellvertretender Direktor Wegelin, Oberingenieur Betriebschef Wittenmet.

Die Mitglieder des Arbeiterausschusses der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf: Die Herren August Meyer, Kläffendorf, Adolf Meyer, Ruhmann, Appel, Koch, Bickner, Louis Behnken, Kehlhopf, Julius Dange, Prafuhn, Sidiar, Konrad Thies, A. Berthauer, Luderer. Stabsjunker Dr. Legtmeyer als Vorsitzender.

Nach eingehender Besprechung des zurzeit bei der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf, zwischen der Betriebsleitung und der Arbeitergesellschaft bestehenden Konfliktes, welcher zur Entlassung des größten Teiles der Arbeiter geführt hat, wurde folgende Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß, als Abordnung der Arbeitergesellschaft, getroffen:

Der Arbeiterausschuß der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf, in Linden vor Hannover, als Abordnung der Arbeitergesellschaft der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, erklärt seine Bereitwilligkeit, die Belegschaft der Fabrik zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit unter denselben Bedingungen, wie sie vor Ausbruch des Konfliktes bestanden haben, zu bewegen. Er verpflichtet sich ferner, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, damit in Zukunft Vorkommnisse, wie die diejenigen, welche zu dem jetzigen Konflikt geführt haben, vermieden werden.

Dagegen erklärt die Direktion der Hannoverischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Eggestorf, sich bereit, alle Arbeiter, einschließlich der 10 Präker, nach Maßgabe der vorliegenden Arbeit sofort wieder in Arbeit zu nehmen.

Die bisher in der Fabrik verbliebenen Arbeitswilligen dürfen in keiner Weise belästigt werden. Beschäftigung gilt als Entlassungsgrund.

Der Arbeiterausschuß erteilt Herrn Kehlhopf Vollmacht zum Unterzeichnen dieses Protokolls.

Ernst Heller Kehlhopf.

Zur Beglaubigung:
Dr. Legtmeyer.

Eine Versammlung der Ausgesperrten, die am 18. Oktober tagte, beschloß die Aufnahme der Arbeit.

— Die für Bielefeld angekündigte Aussperrung kommt, da inzwischen Verhandlungen stattgefunden haben, die ein für die Streikenden annehmbares Resultat zeitigten, nicht zur Ausführung.

— Frankfurt. Auf der Schnellpressenfabrik Albert haben durch eine unerwartet adgehaltene Betriebsversammlung die Werkstätten, Sektoren und Verleiherarbeiten, ca. 120 an der Zahl, ab 2. Oktober eine Lohnrückzahlung erhalten. Der Stundenlohn von 26 Pf. wurde erhöht auf 28, der von 27 auf 29 Pf. Die Löhne von über 28 Pf. wurden um einen Pfennig erhöht.

Soziale Rundschau.

— Respektabler Unternehmungsgewinn. Die Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien haben ihren Geschäftsbericht erscheinen lassen, aus dem hervorgeht, daß 12 1/2 Prozent Dividende zur Verteilung an die Aktionäre gelangen werden. Der Reingewinn beträgt 850 522,84 M., in 750 000 M. werden sich die Herren Aktionäre teilen.

— Die Dresdener Papierfabrik ist in der Lage, auf das Geschäftsjahr 1904/05 eine Dividende von 5 Prozent zur Verteilung zu bringen. Der Nettogewinn beträgt 78 457 Mark. Lantienem, die nicht besonders genannt sind, haben erhalten der Aufsicht, sowie das Direktorium und die Beamten. Auch der Beamtenpersonalsklasse sind Gelder zugewiesen worden. Nach Rückschlüssen und Abschreibungen und unter Vortrag von 905 Mark auf neue Rechnung soll deshalb kein höherer Gewinn erzielt worden sein, und ungenügend auf die Heberische gewirkt haben, daß eine Erhöhung der Arbeitslöhne, sowie solche der Rohmaterialien eingetreten sei, desgleichen Betriebsstörungen durch Einstellung verbelegter Maschinen, deren Ausnutzung erst im nächsten Jahre zur vollen Geltung kommen soll. Wenn nun in nächster Zukunft stattgefunden haben, was augenblicklich nicht zu beurteilen ist, so sind diese zweifellos nur deshalb eingetreten, weil im Laufe dieser Periode die Organisation wieder Fuß gefaßt hatte und dies der Direktion nicht unbekannt blieb. Also ein indirektes Zugeständnis dieser, was vor allen Dingen die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen brachten möchten, daß schon durch die Agitation des Verbandes die Direktion zu Lohnaufbesserungen getrieben worden ist.

— Die Mühlenbauanstalt vorm. Gebrüder Sedl in Dresden ist in der Lage, für das verfloßene Geschäftsjahr eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung zu bringen. Der Reingewinn beträgt, nach Vorabnahme reichlicher Abschreibungen in der Höhe von 233 319 M. (im Vorjahre 173 277 M.), einschließlich des Vortrags 637 633 M., gegenüber 560 268 M. des Vorjahres, dessen Verwendung wie folgt geschäht: 5505 dem Reservefonds (zur Abnutzung), 253 000 M. gleich 12 Prozent Dividende (im Vorjahre 11 Prozent), 40 000 M. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 20 000 M. der Beamten-Personalsklasse, 89 689 M. Lantienem, 2 214 38 M. zum Vortrag auf neue Rechnung. Die Zugänge in diesem Jahre sind sehr bedeutende; sie betragen sich für Dresden auf 611 760 M. und für Schmeideberg auf 627 686 M. Die Vorräte sind sehr niedrig aufgefunden und befristet sich trotzdem auf 1 410 560 Mark gegen 1 015 272 Mark im Vorjahre. Die Steigerung findet in dem erhöhten Umsatz ihre Rechtfertigung. Die Ausgaben sind belaufen sich auf 2 214 278 Mark gegen 1 476 710 Mark im Vorjahre. Bemerkenswert ist, daß bei der Firma ein ständiges Steigen der Dividende vor sich geht. Ein reiner Goldregen — für die Aktionäre.

— Unfall einer Fabrikarbeiterin bei der Kaffeeverarbeitung. Den Arbeiterinnen einer Fabrik war wiederholt verboten worden, die in den Fabrikräumen befindliche Heizungsanlage zum Wärmen von Kaffee oder Speisen zu benutzen. Dessenungeachtet entgegengab sich eine Arbeiterin eine Zeitlang jeden Nachmittags in einem unbeaufsichtigten Raum, wo sie für sich und mehrere Mitarbeiterinnen an den daselbst ange-

brachten Heizapparaten Kaffee wärmte. Dabei kam sie auf dem dort liegenden Latzen zu Falle, wodurch sie sich eine schmerzhafte Verletzung zuzog. — Die Berufsgenossenschaft weigerte sich, der Verletzten die geforderte Entschädigung zu gewähren, und in diesem Sinne hat auch das sachliche Landesversicherungsamt erkannt. Zweifellos habe sich der Unfall nicht „beim Betriebe“ ereignet, denn nur dann könnte das Versicherungsamt als zum Betriebe gehödig angesehen werden, wenn irgendwelcher Zusammenhang mit dem Betriebe dabei bestanden hätte, z. B. wenn es im Betriebsinteresse gelegen hätte, daß die Fabrikarbeiterinnen ihren Nachmittagskaffee in der Fabrik, ohne Unterbrechung der Arbeitszeit, einnehmen. — Ein solcher Zusammenhang bestand im vorliegenden Falle jedoch nicht, zumal den Arbeiterinnen ausdrücklich verboten war, den Kaffee in der Fabrik zu wärmen, und überdies die meisten Arbeiterinnen der Fabrik außerhalb der Arbeitsstätte ihren Kaffee einnahmen. Ein Arbeiter aber, der zu eigenwirtschaftlichen Zwecken Teile des Betriebes ausnutzt, an denen er vermöge seiner Betriebsfähigkeit nichts zu tun hat und hierbei verunglückt, erleidet seinen Unfall „beim Betriebe“, verfallt vielmehr selbstgeschaffenen Gefahren, für deren Folgen er eine Entschädigung nicht fordern kann.

Korrespondenzen.

Breslau. Am 11. Oktober tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Kollege Reining sprach über unsere wirtschaftlichen Kämpfe. Redner ging auf die Kämpfe und deren Ursachen des näheren ein und wies auf die Unzufriedenheit der gesamten Arbeitergesellschaft hin, welche bisher durch ihre Solidarität stets die Pläne der Unternehmer zu Schanden gemacht habe. Und jetzt, wo in Berlin ein Kampf zwischen dem Kaufmann und der Arbeitergesellschaft im Gange ist, wo in mehreren Städten Deutschlands Tausende von Kollegen und Kolleginnen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, da hoffen wir, daß auch jetzt die Hälfte der in Arbeit stehenden Kollegen nicht ausbleiben und über sein Scherflein beitragen wird, um die willkürlichen Aussperrungsgründe der Unternehmer zu Schanden zu machen. Redner ging dann auf die Bekanntmachung des Hauptvorstandes ein, welcher für die Dauer von zehn Wochen einen Beitrag in der Höhe des doppelten Wochenbeitrages ausreibt. In klaren und überzeugenden Worten legt Redner die Gründe dar, welche den Hauptvorstand zu diesem Schritte bewegen haben, und richtet an die Breslauer Kollegenschaft die Mahnung, ihre Solidaritätsgelüste zu betonen und einmütig der Aufforderung des Hauptvorstandes nachzukommen. Im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen Reining fand eine lebhafte Debatte statt. Die Kollegen Hannawald und Konziella sprachen sich im Sinne des Referenten aus und ermahnten die Anwesenden, der Aufforderung des Vorstandes einhellig Folge zu geben. Andere Kollegen glaubten, einen niedrigeren Beitrag empfehlen zu sollen. Nach längerem Für und Wider erklärte sich die Versammlung mit der Bekanntmachung des Vorstandes einverstanden.

Canstatt. Am 7. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Gewerkschaftssekretär Käthe sprach über den Massenstreik. Einleitend erörterte er die frühere Streikbewegung und kam auf die in letzter Zeit vorgekommenen großen Streiks und Aussperrungen zu sprechen, welche den Gedanken an einen General- oder Massenstreik immer mehr aufkommen ließen. Die Notwendigkeit des Generalstreiks werde in Frankreich immer mehr hervorgehoben, wo man sogar von einem Weltstreik träume, und die Franzosen hätten nötiger, erst Kleinarbeit zu betreiben, da dieselben sehr schlecht organisiert seien. Auch die anarchistische Bewegung habe bloß den Generalstreik für erfolgreich. Deshalb habe sich der Gewerkschaftskongress in Köln, sowie der Parteitag in Jena genötigt gesehen, den Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen und gründlich zu erörtern. Nach Ansicht des Redners ist durch die Resolution des Genossen Wibel Klarheit geschaffen, welche verlangt, daß der Generalstreik gegebenenfalls nur angewendet werden soll, z. B. bei Wahlrechtsraub oder ähnlichem, wenn sonst alle Mittel versagen. Ob und wann der Generalstreik proklamiert werden wird, bleibt der Zukunft vorbehalten. Redner forderte zum Lesen der Arbeiterpresse auf und ermahnte die Anwesenden zur regen Agitation für den Verband, denn ein Massenstreik habe zur Voraussetzung die Beteiligung der Massen an der Organisation. Einige Kollegen erklärten in der Diskussion, der Redner wolle die Arbeiter vor dem Generalstreik gruselig machen. Diese Redner gaben sich den Anzeichen, als könnten sie gar nicht mehr agitieren, wenn sie nicht auf das baldige Eintreten des Massenstreiks hinweisen könnten.

Charlottenburg. Am 8. Oktober tagte im „Volkshaus“ eine Mitgliederversammlung. Nach einem lehrreichen Vortrag des Ingenieurs Finkstein über: „Freie Fortbildungskurse für Arbeiter“ wurde die Aussperrung in der Elektro-Industrie einleitend unterzogen. Der Kollege Pohl gab einen Überblick über den Stand der Aussperrung. Er habe alle Vorkehrungsmöglichkeiten ergriffen, das Scheitern in Berlin nicht der Fall zu sein, denn man habe ihn aufgefunden, das ihm zur Verfügung stehende Material an die Zahlstelle Berlin abzugeben. Der Vorstand sollte sein, daß sich die Kollegen der Zahlstelle Charlottenburg in Berlin zur Kontrolle melden sollten. (Man werden den Kollegen in Berlin Wortführer gemacht und Absichten unterzogen, die unbegründet sind und die wir mit der Feststellung zurückweisen; daß der Verbandsvorstand die Maßnahmen angeordnet hat im Interesse einer einheitlichen Leitung unserer Mitglieder, was wir auch in Zukunft, nur mit größerem Nachdruck, tun werden. Für die Arbeiter gleichzeitiger Betriebe bei einem Kampf sowie Streikleitungen einwirken, als Zahlstellen in Frage kommen, kann nur Verwirrung anrichten. A. B.)

Düsseldorf. Am Sonntag, 1. Oktober, tagte im Lokale des Herrn Waisbender, Bierenfeld, eine Versammlung. Die Tagesordnung lautete: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiterinnen und ihre Gegner. Der Referent, Kollege Jakob Jütgen aus Köln, bezeichnete als den Hauptfeind der Arbeiter unter den Arbeitern die christlichen Gewerkschaften. Redner verbreitete sich über den Verrat der Musterchristen in Köln bei dem Streikstreit und unterzog das christliche Gewerbe einer scharfen Kritik. Er ermahnte die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß der unorganisierte Arbeiter nicht in die Klauen der Christlichen gerate, sondern man führe ihn der freien Gewerkschaft zu. Die Christlichen würden aus doch bei allen Bewegungen nur den Kampf erschweren. Redner wies nach, daß gerade der Fabrik- und Hüttenarbeiter derjenige Arbeiter ist, der am schlechtesten bezahlt wird, trotzdem hält es der Fabrik- und Hüttenarbeiter am wenigsten für notwendig, sich zu organisieren. Redner ermahnte die Anwesenden, sich dem Verband der Fabrik-, Land- und Hüttenarbeiter anzuschließen, für ihn zu agitieren, um sich dann durch die Organisation ein besseres Los zu erringen. In der Diskussion unterzog Kollege Stell die Zustände auf den einzelnen Betrieben einer Kritik. Er wies nach, daß es auf den größten Betrieben hier am Orte mit den Schutzrichtungen am wenigsten bestellt ist. Auch geht das Unternehmertum jetzt dazu über, sich billigeren Arbeitskräfte aus Polen zu holen, so z. B. die Firma Pönnigen, Stahlwerk Bierenfeld, trotzdem hier in Düsseldorf genügend Arbeiter vorhanden sind. Weiter unterzog Redner den sogenannten paritätischen Arbeitsnachweis einer scharfen Kritik. Kollege Weinsiehr bemerkte, daß für Düsseldorf ein ortsüblicher Tagelohn von 3 M. festgesetzt sei; wie ein Arbeiter dort mit durchkommen solle, sei allerdings ein Rätsel. Kollege Wainz sprach sich in demselben Sinne aus, wie die Vorredner.

Härth. Mittwoch, den 27. September, referierte Fräulein **Ordnberg**, Arbeitersekretärin aus Nürnberg, in einer gut besuchten Fabrikversammlung der Munitionsfabrik im Vater-Saal hier über das Thema: Die Lehren der letzten Streiks und Ausperrungen. Rednerin schilderte eingehend die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seit dem Falle des Sozialistengesetzes, sowie die Lohnkämpfe anfangs der Oberjahre. Nach Schilderung der Unternehmervorherrschaft wurde der heutige Klassenkampf, der mit seinem Polizeiaufgebot auf Seiten der Unternehmer steht, einer herben Kritik unterzogen. Den Lebensmittelmacher, sowie das Einkommen der Arbeiter führte die Referentin in drastischer Weise der Versammlung vor Augen, kritisierte in scharfer Weise die bestehenden Verhältnisse in der Munitionsfabrik, und kam zu dem Schluss, daß der Macht des Unternehmertums die Macht der organisierten Arbeiterschaft entgegenzusetzen werden muß. Mit einem kräftigen Appell, auch an die Arbeiterinnen, zu agitieren und zu organisieren, schloß Rednerin unter lebhaftem Beifall ihren Vortrag. Eine ganze Anzahl der Anwesenden legte die Worte in die Tat um und schloß sich der Organisation an.

Am 8. Oktober sprach Frau **Ordnberg** in einer Ziegelei-Arbeiterversammlung in Rangenn, welche von 60 Personen besucht war, über das Thema: „Die Frau als Hausfrau und Mutter oder als Lohnkassierin“. Rednerin bedauerte eingangs der Rede, daß keine Frauen anwesend waren, wiewohl es die Frauen in der Hauptsache seien, die von der nationalen Schwelnepolitik der Junker, sowie der Staatskünstler Bölow, Pöddickert usw. am meisten zu leiden haben. Den anwesenden Männern wurde der Vorwurf nicht erspart, daß sie in ihren Familien dadurch viel sündigen, daß sie zu wenig Aufklärung über die heutigen Zustände, sowie die Organisation schaffen. Ebenso sei es Pflicht der organisierten Arbeiter, die Frauen mit in die Versammlung zu nehmen. Die Rednerin verstand es in ausgezeichneter Weise, das Familienleben der Arbeiter im Gegenfatz zu dem der oberen Hunderttausend zu schildern, so daß ihre Ausführungen öfters durch Beifall unterbrochen wurden. Auf die Entstehung der Frauenarbeit durch die Technik wurde die Frauenausbeutung scharf kritisiert, wobei die Volkskrankheiten entsprechend gemahnt wurden, welche, wie Schindsucht, Nervens, rheumatische Weiden usw., in der Ausbeutung der Frau, der Unterernährung, sowie den schlechten Wohnungsverhältnissen ihren Ursprung haben. Auch hier wurden einige Mitglieder der Organisation gewonnen.

Frankfurt a. M. Am 16. Oktober ist in der Frankfurter Gasfabrik in der Gurlenstraße die Achtstundenschicht eingeführt worden. Hierbei lohnt es sich, einen Rückblick auf die Verhältnisse in diesem Betriebe zu tun. Jahrzehntlang war die Arbeiterschaft dieses Betriebs indifferent. Alles, was geändert wurde, geschah nur im Sinne der Direktion. Nie wagte die Arbeiterschaft, Wünsche zu haben, welche das Wohlfühlen der Betriebsleitung erregen könnten. Die 12stündige Schicht mit einer 24stündigen, mindelstens alle 14 Tage, bei 80-90 Grad Hitze und einem Sichtlohn von 8,70 bis 3,90 Mk. kann aber auch die gleichgültigste Arbeiterschaft anfrachten, das zeigte sich auch hier. Im vorigen Jahre schlossen sich die Osenarbeiter an der übergroßen Mehrheit dem Verbands an, und zum ersten Male erlaubten sich die Arbeiter, Forderungen zu stellen, wenn auch nur bescheidene. Die Direktion wollte nicht begreifen, daß der Wechsel der Dinge auf ihre Schuld zurückzuführen war. Sie dachte durchaus nicht daran, bei der Plusmacherlei für die Aktionäre ihre Pflicht gegenüber den armen, geplagten Arbeitern zu erfüllen, die qualvolle Arbeitszeit zu erleichtern und die für die hiesigen Verhältnisse nur allzu bescheidenen Löhne etwas zu erhöhen. Hätte sie die Lage der Arbeiter nur etwas erleichtert, so hätten diese wohl nie daran gedacht, sich an den Weg der Selbsthilfe zu begeben. Statt nun das Verfaulende dadurch gut zu machen, daß sie die geringen Forderungen der Arbeiter anstandslos erfüllt hätte, begab sie sich auf den Weg des Konfliktes mit der Arbeiterschaft. Hierbei gelang es allerdings nach dreitägigem Kampfe, eine Einigung herbeizuführen. Mehr wie eine geringe Lohn-erhöhung und eine verkürzte Uebergangsschicht bis zur achtstündigen Arbeitszeit nach einem Jahre, sowie einen Arbeiterauschuß verlangten die Arbeiter im vorigen Jahre nicht. Wozu sollte also die Ausperrung dienen? Nun wollen wir hier zur Ehre der Direktion anerkennen, daß sie die Abmachungen vom vorigen Jahre in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Arbeiterauschuß gehalten hat. Wenn auch der Wahlmodus zum Arbeiterauschuß den Wünschen der Arbeiter nicht ganz entspricht. Aber was die Direktion nicht gehalten hat, wußte sie hier auch gefast werden. In Gegenwart des Herrn Wessels Dr. Suppe und des Vertreters der Organisation gab sie den drei Männern, welche im Auftrage ihrer Mitarbeiter die Verhandlungen führten, durch Handschlag das Versprechen, daß wegen der Beteiligung an der Organisation, sowie von den damals ausgesperrten niemand gemahngelt werden solle. Von diesen drei Männern, sowie auch von den übrigen Aussperrten sind aber mit ganz wenigen Ausnahmen keine mehr im Betriebe. Sie sind alle so nach und nach hinausbugliert worden, manche sogar auf recht ungeschöne Art und Weise. Daß die Direktion dieses Versprechen nicht gehalten hat, gereicht ihr wenig zur Ehre; sie kann es nicht als Entschuldigung anführen, daß die Vorarbeiter und Betriebsleiter mit zwei Ausnahmen alle eine systematische Hege gegen diese Leute betrieben und die jaden-heimlichsten Gründe aus Anlaß zu Entlassungen benutzten. Bei gutem Willen wäre es der Direktion möglich gewesen ihren Beamten klar zu machen, daß sie eine gleichmäßige Behandlung aller Arbeiter verlange. Sie würde sicher dabei besser fahren, indem sie die Achtung aller besitzen würde. Dadurch, daß man die Angeberei duldet, ist der Beweis zur Genüge erbracht, daß nicht, wie so schön gesagt wurde, das Geschlechte der Vergessenheit gehöre. Auch das gereicht der Direktion nicht zur Entlastung, daß andere einflußreiche Personen ihr diese Taktik empfohlen haben. Wir wollen gerne anerkennen, daß manches nicht mit Wissen und Willen der Direktion geschieht; z. B. halten wir es nicht für möglich, daß die Direktion Kenntnis davon hat, daß ein Betriebsbeamter die entlassenen Arbeiter noch über den Betrieb hinaus führt. Wäre doch feinerzeit der Direktion unterkreitet werden, daß Zeugnisse mit Zeichen, welche unzulässig sind, an Entlassene verabsolgt werden. Andere uns zur Kenntnis gebrachte Fälle beweisen uns, daß Systeme in der Sache liegt. Die Krone hat man aber allem damit aufgesetzt, daß man bei Inkrafttreten der Achtstundenschicht drei Osenarbeiter, welche feinerzeit am Kampfe teilgenommen haben, von den Vorteilen derselben dadurch ausschloß, daß man sie auf den Hof (richtiger auf die Schlenkermaschine) verlegte. Diese Maßregel ist durchaus ungerecht. Als diese Leute bei dem Betriebsleiter, Herrn Köber, vorstellig wurden, um die Zurücknahme der Verlegung zu erwirken, erhielten sie die sofortige Entlassung. Wenn die Direktion nun glauben sollte, durch die Entlassungen der Arbeiter einzuschüchtern, so ist sie gewaltig im Irrtum. Jede Entlassung hat einen engeren Zusammenhang der Arbeiter unter sich bewirkt. Auch können sich die Arbeiter des Gefühls nicht erwehren, daß man ihnen die Achtstundenschicht damit ungeteilt will, daß sofort die Betriebsleiter entzogen werden. Mindestens hätte man damit warten können, bis sich die Leute in die neuen Verhältnisse eingearbeitet haben.

Frankenthal. In unserer Mitglieder-Versammlung vom 20. September referierte Kollege Bernad in einem fünfteiligen Vortrage über die Bestimmungen zum Unfallversicherungsgesetz. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Kollege Forthuber sprach über den Erfolg der uniererseits anberaumten Betriebsversammlung für die Firma Albert u. Co. Redner

hob hervor, daß der Arbeiterauschuß seitens der Firma beauftragt war, die Lohnverhältnisse der einzelnen Abteilungen in der Versammlung klarzulegen. Durch die auf genauer Information beruhenden Ausführungen des Gauleiters, Kollegen Prüll, sei der Auftrag zunächst gemorben, indem der Redner des Arbeiterauschusses in der Diskussion selbst zugeben mußte, daß die Ausführungen des Referenten auf Wahrheit beruhen. Ferner erhalten die Bestätigten, Sicherheits- und Betriebsarbeiter ab 2. Oktober eine Lohnzulage. Eine größere Anzahl Kollegen wurden der Organisation zugeführt, außerdem soll der Arbeiterauschuß, der aus vier seitens der Firma ernannten, sowie aus vier den Gewerkschaften entnommenen Vertretern besteht, nun durch die Arbeiterschaft gewählt werden. Aufgabe der Kollegen müsse es nun sein, der Organisation treu zu bleiben, sowie die noch fernstehenden derselben zuzuführen. Ferner gibt Redner bekannt, daß unsere Organisation durch Gründung einer Zählstelle des Christlichen Verbandes ungeladener Arbeiter Konkurrenz erhalten habe. Es läge nun an den Kollegen, die Arbeiterschaft aufzuklären, daß sie Anschluß an die Christlich-Deutschen und Christlichen Gewerkschaften vermeiden, indem dieselben in Weisensels und Böhm Berrat an den Arbeiterinteressen begangen hätten. Ankünfte über gewerbliche Streitigkeiten, über die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung und Arbeitsvermittlung erteilt für Frankenthal und Umgebung Karl Bernad, Bilgerstraße 13.

Hamburg. Eine Versammlung tagte am 26. September bei Herrn, Hohe Weichen. Ueber die hamburgische Staatsverfassung referierte das Bürgerchaftsmitglied Genosse Emil Fischer in anerkennenswerter Rede; er schloß mit einem Appell an die Anwesenden, alles daran zu setzen, um das Bürgerrecht zu erwerben, um durch Wahl geeigneter Männer zu Bürgerchaftsmitgliedern die jetzigen Verhältnisse mit beiseite zu lassen. Nachdem Vogt im Namen der Mitglieder dem Referenten gedankt, wies Frau Jagrenwald insbesondere auf unsere Armen- und Waisenpflege hin und bedauerte, daß nicht auch Frauen aus Arbeiterkreisen hierzu herangezogen würden, für ein Kind würden jährlich 240 Mk. an Verpflegungsgeldern gezahlt; ob aber die Kontrolle dieser armen Geschöpfe auf der Höhe sei, beweisste sie, denn die Damen der höheren Kreise wüßten selten, was in Arbeiterkreisen wirtschaften und haushalten heißt. Mit der Aufforderung, die Worte unseres Genossen Fischer zu beherzigen und Mann für Mann das Bürgerrecht zu erwerben, so daß bei der nächsten Wahl mindestens zwei Duzend sozialdemokratische Gedächtnisse in den Ratspreisen der Bürgerchaft hineinschwimmen, schloß Rednerin. Vogt gibt den Kartellbericht über die Sitzungen vom 16. und 30. August, Friede den vom 13. September. Dann wurde Dünninghaus zum Gauleiter gewählt und Leusch, Anselmannstraße, und Dethloff, Dunsdorfstraße, wegen Streikbruchs bei der Firma Grünwäitz u. Hartmann ausgeschlossen; ebenso Tronide, Büffelstraße, welcher dem Verbands 16,50 Mk. unterschlagen hat. Die Maßregelung des Kollegen Rippmann bei der Firma Bäßt, sowie die Maßregelung der Kollegin Martha Müller bei der Firma Nagel, Steinwälder, wurden einstimmig anerkannt. Vogt weist darauf hin, daß am 1. Oktober unsere Erwerbslosenunterstützung in Kraft tritt und sich jedes Mitglied die Paragraphen in anderem Statut einprägen möge, um sich vor Schaden zu hüten. Friede beantragt, in unserem Regulative unter „Versicherung“ das Wort „Orts“ vor „Krankenliste“ zu streichen, was angenommen wird.

Hannover. Eine von etwa 1300 Kolleginnen und Kollegen besuchte Versammlung fand am Montag, den 9. d. M., in den Sälen des „Ballhof“ statt. Das einleitende Referat hatte Kollege Saal übernommen. Der Redner führte zunächst den Anwesenden vor Augen, welche ungewöhnlich große Opfer die Kämpfe dieses Jahres von uns gefordert hätten und ging dann auf das Entstehen der einzelnen Kämpfe ein, dabei das brutale Vorgehen der Unternehmer scharf geißelnd. Nachdem der Redner dann noch auf die Berliner Ausperrung und den Streik in der Hannoverischen Maschinenfabrik aufmerksam gemacht, schloß er mit dem Wunsche, daß auch die hannoverschen Kollegen den von ihnen geforderten erhöhten Beitrag willig bezahlen möchten, seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich familiäre Redner im Sinne des Referenten aus. Ein Antrag, den Beitrag für die nächsten zehn Wochen auf 65 Pf. pro Woche festzusetzen, fand einstimmige Annahme.

Hafslach. In der Mitgliederversammlung vom 9. Oktober hielt Kollege Prüll einen Vortrag über die Erwerbslosenunterstützung. Dann wurden zur Stärkung der Verteidigungsmittel des Verbandes, der Verbandskasse aus Lokalmitteln 15 Mk. überwiesen. Die vom besten Geiste belebte Versammlung fand leider durch die Erledigung einer lokalen Angelegenheit einen ungünstigen Abschluß.

Oegermühle. In der Versammlung vom 8. Oktober wurde die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelegt. Dann nahm die Versammlung Kenntnis von der Ausperrung in der Berliner Elekro-Industrie und bewilligte aus der Lokalkasse 50 Mk. Die Anschuldigung eines Extrabeitrages durch den Vorstand fand Anerkennung.

Ralk (Rhein). Sonntag, den 15. Oktober, tagte im Lokale „Zur deutschen Eiche“ eine außerordentlich gutbesuchte Versammlung. Kollege Fittgen sprach über die Erwerbslosenunterstützung und gab über verschiedene unklare Punkte Aufklärung. Zum Kontrolleur wurde Kollege Kleffsch, Humboldtstraße, gewählt. Dann kam die auszugsweise Extraktur zur Sprache, die als notwendig bezeichnet wurde, da sonst die Organisation ihren Aufgaben nicht gerecht werden könne. Einige Kollegen sprachen sich auch dagegen aus, jedoch erklärte sich die Versammlung einstimmig für den Extrabeitrag.

Röpenick. Am 8. Oktober tagte eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Schriftsteller Wäge referierte über: „Die Entstehung und Abstammung des Menschen“. Dann wurde die Bekanntmachung des Vorstandes bezüglich Erhöhung der Beiträge zur Kenntnis der Versammlung gebracht. Die Anwesenden erachteten die Maßnahmen des Vorstandes für unumgänglich notwendig und wurde beschlossen, allen Mitgliedern per Devische die Erhebung des doppelten Beitrages zur Kenntnis zu bringen. Darauf wurden bezüglich der Abrechnungen vom 3. Quartal und vom Stützungsbeitrag durch den 1. Bevollmächtigten Erklärungen abgegeben und darauf dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Die Versammlungsliste vom Winterhalbjahr wieder Sonntagsnachmittags abgehalten werden. Als Kandidat für das Gewerbegericht wurde Kollege Stala einstimmig gewählt. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Mannheim. In Nr. 40 der „Metallarbeiter-Zeitung“ wendet sich der Funktionär Vorkämpfer vom Metallarbeiter-Verband gegen die Vorwürfe, die wir in dem Halbjahresbericht des Bundes 7 (Nr. 19 des „Proletarier“) gegen ihn erhoben haben. Die ihm zur Last gelegten Auslassungen befreit er nicht, er sagte sie unter anderem mit folgendem zu begründen: „Doch etwas anderes (außer der Erreichung einer einheitlichen Organisation) kam noch in Betracht. Und dies war das Verhalten des Fabrikarbeiter-Verbandes gegenüber denjenigen ihrer Mitglieder, die beim „Hengst“ in Mitleidenschaft gezogen waren. Diese Organisation hatte auch bei Wenz einige Mann dabei, darunter zwei oder drei, die für den Wenz noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Anstatt diesen aus lokalen Mitteln während der Dauer des Kampfes eine kleine Unterstützung zu gewähren, verfiel man auf einen anderen, nicht gerade schönen Trick. Den betreffenden Kollegen wurde von der Mannheimer Verwaltung dieser Organisation erklärt: „Ihr bekommt von uns keine Unterstützung.“ Damit

waren die Kollegen selbstverständlich nicht zufrieden. Nun ging man einen Schritt weiter. Man rief ihnen: „Weht zum Deutschen Metallarbeiter-Verband und meldet euch dort als unorganisiert, ihr kriegt ja dann von denen die Woche 10 Mk. und wir legen dann einen Taler zu, dann habt ihr auch eine Unterstützung.“ Nur hatte man die Rechnung ohne die gemacht, denen man eine so feine Sache zugemutet hatte. Mit heßer Entrüstung kamen die Leute auf unser Bureau und teilten uns die Sache mit, zugleich erklärend, lieber zu hungern, als so etwas mitmachen zu wollen. Nun, wir verloren weiter kein Wort mehr darüber und unterstützten die Kollegen. Nach solchen Vorläufern jedoch war es meine Pflicht, in der Versammlung von Brown, Boveri u. Cie. der Arbeiterschaft reinen Wein einzuschütten, um sie vor eventuellem Schaden zu bewahren. Denn was nützt es schließlich den Arbeitern, wenn sie bei einem Kampfe ihre Organisation in Anspruch nehmen wollen und diese verweist sie dann doch an eine andere? Dann sei man doch lieber gleich von vornherein offen und sage den Kollegen: „Ihr könnt wohl bei uns schön bezahlen, aber auf außergewöhnliche Unterstützung habt ihr nicht zu rechnen.“

Was der „gute“ Vorkämpfer sich nicht alles aufbinden läßt! Richtig ist folgendes: Zur Zeit des fraglichen Streiks hielt die Zahlreiche Mannheim eine Versammlung ab. Da wurde beschlossen, dem Bezugsberechtigten einen Zuschuß von 3 Mark zu dem vom Vorstand gezahlten Unterstützung aus der Lokalkasse zu zahlen. Die Nichtbezugsberechtigten sollten nur die vom Vorstand festgesetzte Unterstützung erhalten. Ein solcher Beschluß ist vollständig korrekt. Anders beschließen hieße eine Prämie auf den Indifferentismus setzen. Selbstverständlich haben sich die Nichtbezugsberechtigten über diesen Beschluß geäußert und in ihrem Verger haben sie in gut geäußelter Entrüstung dem zum Glanzen der höchsten Dinge allezeit bereiten Vorkämpfer ein Märchen erzählt. Die Zeitung der Zahlreiche Mannheim hat die ihr zugeschriebene Äußerung nicht getan.

Neustadt i. W. Am Sonntag, den 23. September, tagte im Restaurant zur Herberge eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher der Genosse Wolke-Stettin über das Thema: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ referierte. Redner wies an der Hand umfangreichen Materials nach, daß die Lösung der Lage der Arbeiterklasse nur durch zielbewusste, starke gewerkschaftliche Organisationen erfolgen kann, denn der einzelne Arbeiter stehe dem Unternehmer gegenüber machtlos da. Zum Schluß seiner Ausführungen ging Redner noch näher auf das Unterstützungsproblem der modernen Gewerkschaften ein und forderte die Anwesenden auf, sich Mann für Mann dem Verbands der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen, welcher Aufforderung auch Folge geleistet wurde. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Lokale zur Herberge tagende öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner vollkommen einverstanden. Die Versammelten versprechen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung des Verbandes nach Kräften zu sorgen und nicht eher zu ruhen, bis sich der letzte Kollege der Organisation angeschlossen hat.“

Schwelm. In der am Sonntag, den 8. d. Mts., stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde anfänglich einer Zuschrift vom Hauptvorstand beschloffen, sofort 50 Mk. aus der Lokalkasse an die Hauptkasse abzuführen. Um die örtliche Agitation besser betreiben zu können, wurde ein Agitationsfonds gegründet, der nur durch freiwillige Spenden gehalten werden soll. Zu diesem Zweck werden Marken zu 5 Pf. beschafft, welche entsprechend der Beitragsleistung verabfolgt werden. Mit der Kontrolle der Arbeitslosen wurde unser Vereinswirt Herr Hofmann betraut. Alle bezugsberechtigten arbeitslosen Kollegen haben sich bei diesem zu melden.

Wesseling. Hier tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Jakob Dargenbuch eine öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen von Wesseling und Ungling. Kollege Fittgen legte den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation dar. Er wies im Anfang seiner Rede darauf hin, daß es die erste öffentliche Versammlung sei, die hier von den freien Gewerkschaften veranstaltet werden konnte, da man uns bis jetzt nie ein Lokal zur Verfügung stellen wollte. Er geißelte die Zustände in den hiesigen Betrieben, und führte den Anwesenden an wirksamen Beispielen vor Augen, daß sie nur im Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ihre elende Lage verbessern können. Werden doch hier Löhne von 2,20 bis 3 Mk. gezahlt, bei schmutziger und ungesunder Arbeit, und die Arbeiter sind gezwungen, zur Verbesserung ihres elenden Verdienstes Ueberstunden und Sonntagarbeit zu machen. Ein Erwerbsfabrikant (Schmitz-Dumont) hatte den Arbeitern verboten, die Versammlung zu besuchen. Wenn sie Beschwerden hätten, sollten sie sich an den Vertrauensmann, den Herrn Vogt, wenden. Der Wonne ihnen in allem helfen und könnte ihnen auch höhere Löhne zahlen. Aus diesem Betriebe waren die meisten Arbeiter der Versammlung auch ferngeblieben. Aus der Hemschen Fabrik hatte man einen Angeheften als Spion gefaßt. Der Redner kennzeichnete das Gebahren beider Fabrikanten und ging mit dem Appell darauf scharf ins Gericht, daß der Mann es vorzog, zu verschwinden. Alle Redner bewegten sich im Sinne der Ausführungen des Referenten, und es wurden noch viele Mißstände der hiesigen Werke ans Tageslicht gezogen. Der Referent forderte im Schlußwort nochmals auf, sich dem Verbands anzuschließen, welcher Aufforderung ein großer Teil der Versammelten nachkam. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, da es nun endlich gelungen sei, ein Lokal zur Versammlung zu erhalten, dieses auch zu besuchen und nicht diejenigen Wirte zu unterstützen, die uns feindlich gegenüberstehen.

Züllchow. Sonnabend, den 23. September, hielt unsere Zahlreiche eine außerordentlich Mitgliederversammlung im Erdower Schützenhause ab. Diese beschäftigte sich mit dem Zusammenfluß der Zahlreichen Züllchow, Steigen, Stolzenhagen und Pommerensdorf. Kollege Bienenhütter hatte das Referat übernommen. Er führte den Anwesenden vor Augen, daß eine Verhinderung die Anstellung eines Beamten erfordert und ein einheitliches Vorgehen im Interesse der Mitglieder notwendig sei. Wie dann gearbeitet werden könne, da die Zahlreichen Hamburg, Frankfurt und Berlin ein Beispiel. Die Kosten könnten durch Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pf. aufgebracht werden. Mehrere Kollegen mandten sich in ersterer Weise gegen eine Verhinderung. Durch Erhebung einer Extraktur werde ein Rückgang in der Zahl der Mitglieder eintreten. Es wurde ein Antrag gestellt, die Entscheidung über die Verhinderung durch eine Urabstimmung herbeizuführen. Der Antrag wurde aber abgelehnt und die Verhinderung mit 113 gegen 60 Stimmen beschlossen. Das Abstimmergebnis wurde von den Gegnern unter Mißbilligung ausgenommen. Hoffentlich werden die in Frage kommenden Kollegen sich dem Beschlusse der Mehrheit fügen.

Briefkasten.

Heidenheim. Den Paragraphen 11 des Streikreglements haben nur solche Mitglieder zu fassen, die nach erhaltener Streikunterstützung innerhalb eines Jahres aus dem Verbands austreten oder arbeitslos werden. Nur bei diesen gilt die als Darlehen erhaltene Unterstützung nicht als quittiert. A. B.

